



CANADA ISSN 1182-3100
Newspaper serving the
German Speaking Communities
Journal de la communauté
germanophone

DAS ECHO
PO BOX 27,
Pointe-Claire, QC
H9R 4N5 (Canada)

Das Echo

von Küste zu Küste
gegründet 1978



„Das Echo“ ist von *National Ethnic Press & Media* preisgekrönt!

Nr. 154/404 38. Jahrgang

LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA & USA

Februar 2016

SPD verlangt klare Linie in Flüchtlingsdebatte

Führende SPD-Politiker sehen die Regierungsfähigkeit der Union durch den andauernden Streit über die Flüchtlingspolitik gefährdet

Berlin – dpa. Die SPD erhöht in der Flüchtlingskrise den Druck auf Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Führende SPD-Politiker warfen CDU und CSU vor, mit ihrem Konflikt über den richtigen Kurs die Regierungsfähigkeit des Bündnisses zu gefährden, und verlangten klare Führung. „Angela Merkel darf nicht zulassen, dass unter dem Streit innerhalb der Union die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung leidet“, sagte SPD-Generalsekretärin Katarina Barley der „Welt am Sonntag“. „Ständig neue und nicht praktikable Vorschläge aus den Reihen von CDU und CSU schaffen kein Vertrauen.“ Nötig seien Klarheit und eine rasche Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen.

Monatelanger Streit über die Begrenzung von Flüchtlingszahlen

In der Union wird seit Monaten über Wege zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen gestritten. Die CSU dringt auf die Festlegung von Obergrenzen, Merkel setzt auf eine europäische Lösung. Seehofer hatte kürzlich

Bevölkerung Trendwende

Ostdeutschland wird Zuwanderungsregion

Berlin – (dpa). Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wende ist die Abwanderung aus Ostdeutschland gestoppt. Seit 2012 ziehen nach amtlichen Zahlen mehr Menschen aus Westdeutschland und dem Ausland in den Osten als umgekehrt.



CSU-Chef Horst Seehofer und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) streiten seit Monaten über die Flüchtlingspolitik. SPD-Politiker verlangen eine klare Linie. © Peter Kneffel / dpa

mit Blick auf die große Koalition gesagt: „Wir sind durchaus in einer ernsten Lage.“

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) bezeichnete den Unionsstreit als „Förderprogramm für alle Populisten und Protestparteien“. „Ultimaten und Drohungen der CSU helfen genauso wenig wie Unterschriftensammlungen für und gegen

Frau Merkel in ihrer eigenen Fraktion“, sagte der SPD-Politiker den Zeitungen des Redaktions-Netzwerkes Deutschland. Jetzt müsse die Union so schnell wie möglich den Weg für das Asylpaket II freigeben.

CDU-Generalsekretär Peter Tauber wies die Kritik des Koalitionspartners zurück. „Ich würde der SPD empfehlen, nicht

immer nur die Backen aufzublasen, sich dann aber in die Büsche zu schlagen, wenn es zum Schwur kommt“, sagte er der „Welt am Sonntag“. Er forderte die SPD seinerseits auf, ihre „Blockade“ beim Asylpaket II aufzugeben und sich bereitzuerklären, Algerien, Tunesien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern zu erklären.

„Wir haben eine Trendwende“, sagte Reiner Klingholz, der Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, in Berlin. Davon profitierten aber in erster Linie die größeren Städte wie Leipzig, Dresden, Jena (Bild), Erfurt und Potsdam. In 85 Prozent der Gemeinden überwiege noch immer die Abwanderung. „Ich schätze, dass sich der Trend verstetigt“, sagte Klingholz. Die Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD), bemerkte, die



Städtebauförderung und der Stadtumbau Ost hätten die Städte lebenswert gemacht. Nun seien «pfeifige Lösungen» für das Land gefragt. Klingholz

sagte, im Westen sei der Drang in die Städte ähnlich stark. Das Land sei dort aber dichter besiedelt als im Osten, was die Versorgung erleichtere.

Abgas-Skandal

Staat will Neuwagen selbst prüfen

Berlin – (dpa/AP). Das Bundesverkehrsministerium nimmt als Konsequenz aus dem Abgas-Skandal bei Volkswagen gleich mehrere Neuregelungen in den Blick. Technische Prüfdienste, die für einen Autohersteller tätig sind, sollten sich künftig in einer Rotation abwechseln, teilte ein Sprecher am 25. Januar in Berlin mit. Die VW-Untersuchungskommission des Ministeriums habe zudem vorgeschlagen, staatliche Prüfstände für Emissions-Nachmessungen aufzubauen. Damit könnten nach Ansicht von Experten wirtschaftliche Abhängigkeiten zwischen Prüf-instituten und Herstellern vermieden werden. Außerdem sollen Hersteller dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) künftig ihre Motorsoftware offenlegen. Dadurch wäre es leichter, etwaige Abschaltvorrichtungen, mit denen ein Fahrzeug „merkt“, ob gerade ein Abgastest läuft, zu erkennen. Nicht geplant sei dagegen, bei der Zulassung neuer Fahrzeugtypen, die beim KBA liegt, Kompetenzen an das Umweltbundesamt abzugeben, betonte der Sprecher.

Bundesverbraucherminister Heiko Maas hatte in einem Bericht an den Bundestags-Ausschuss für Recht und Verbraucherfragen vorgeschlagen, die künftige Rolle des Kraftfahrt-Bundesamtes zu überdenken. Mit diesem Vorstoß berührt der SPD-Politiker die Zuständigkeiten von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Der Bericht sei mit dem Bundesverkehrsministerium abgestimmt worden, sagte ein Sprecher des Verbraucherministeriums am 25. Januar.

LESENSWICHTIG: „Das Echo“

ist nur im Jahresabo zu beziehen. Nach Bestellung flattert die Zeitung buchstäblich in Ihren Briefkasten hinein...



Verschenken oder vermitteln Sie ein Abo! Auf Seite 29 finden Sie den Bestellschein!

Helfen Sie uns die Zeitung Ihrem Bekanntenkreis vorzustellen! Auf Wunsch senden wir ein PROBE-EXEMPLAR – kostenfrei und völlig unverbindlich. Wir laden Sie auch ein, ein Jahresabo in Kanada u. USA für nur \$53 zu zeichnen, um damit auch den Fortbestand der Zeitung zu sichern.
www.dasecho.com

INHALT

Politik	01-07
Impressum	02
Wirtschaft	08-11
Panorama	12-26
Bücherecke/Lieder	27
Küche/Rätsel	28
Heiteres	29
Horoskop / Forum	30-31
Gesundheit	32
Wunder des Lebens	33
Unterhaltung	34-35
Echo der Frau	36-37
Sport	38
Zu guter Letzt	39-40

Liebe ist das Einzige, was sich verdoppelt, wenn man es teilt.

Unseren Leserinnen und Leser wünschen wir viel Liebe

am **Valentinstag** - und jeden Tag

Ihre Echo-Redaktion & Mitarbeiter

